

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 138

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 217

Verlag: Die Sächsische Zeitung, Druckerei des Verlags, Leipzig, Postfach 100. Preis: 1.25 M. für den Abnehmer, 1.50 M. für den Einzelkäufer. Die Sächsische Zeitung erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Die Sächsische Zeitung ist ein Mitglied der Reichs- und Landesverlagevereine. Druck: Dr. Hans Simon, Halle, Saale.

Sonnabend, 16. März

Morgen-Ausgabe

Ein eigenbrötlicher Herr hat sich mit einem Koffer von 40 mm Breite und 100 mm Höhe, gefüllt mit 10 kg Sprengstoff, in der Bahnstation von Halle, am 15. März, um 10 Uhr, einen Selbstmord begangen. Die Sprengstoffe sind durch einen Zufall entzündet worden. Die Sprengstoffe sind durch einen Zufall entzündet worden. Die Sprengstoffe sind durch einen Zufall entzündet worden.

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung. Verlags- und Druckerei von Otto Thiele, Halle, Saale.

Ein freies und unabhängiges Herzogtum Anhalt

Die Antwort des Kaisers an den Kurländischen Landestrat

Berlin, 15. März. Bei dem heutigen Empfange der Abgeordneten des kurländischen Landestrates durch den Reichskanzler verlas Unterstaatssekretär von Adamowicz die Antwort auf den bekannten Beschluß des Landestates. Darin heißt es:

„Mit besonderer Freude und Würdigung haben Seine Majestät von dem an ihn gerichteten Bitte Kenntnis genommen, die Herzogkrone Anhalts anzuwenden. Die Allerhöchste Entschcheidung wird nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen getroffen und dem Landestrat mitgeteilt werden. Mit lebhaftester Freude und Genugtuung haben Seine Majestät ferner erfahren, daß der Wunsch des Landestates auf eine enge Verbindung des Herzogtums mit dem Deutschen Reich gerichtet ist. Der Ausführung dieses Wunsches steht nichts mehr im Wege.“

„Seine Majestät haben mich beauftragt, im Namen des Deutschen Reiches das wiedererrichtete Herzogtum Anhalt als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches beim Aufbau seiner Verfassung, die auch eine Landesvertretung auf freier Grundlage vorsehen muß, zuzusichern und wegen der Festlegung und Formulierung der dem Landestrat beschlossenen engen Verbindung mit dem Deutschen Reich das Weitere zu veranlassen.“

Doch ein Entente-Klimat am Holland?

Amsterdam, 14. März. „Associated Press“ meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten und England haben Holland erwidert, daß, wenn die schwebenden Verhandlungen über die Benutzung von holländischen Schiffen für die Verbindungen nicht am 15. März abgeschlossen werden, man die Schiffe zum Verbot der Verbindungen nehmen wird.

Die englische Schiffbauindustrie

London, 14. März. Ein Privattelegramm an „Verdens Gang“ von seinem Londoner Berichterstatter meldet: Die Frage wegen der Schiffbauindustrie nimmt zu. Es beginnt der Mangel an Schiffen zu werden, wenn auch die Fertigstellung von Schiffen zu antizipieren ist. Die Fertigstellung von Schiffen ist ein vollständiger Zusammenbruch. Es erhebt sich die Frage des Schiffbauwesens in England.

Die Räumung Petersburgs beendet

St. Petersburg, 15. März. Nach einer Bekanntmachung aus Petersburg vom 14. März, wird amtlich bekanntgegeben, daß die Räumung Petersburgs beendet ist und daß von heute an keine Bewohner die Stadt verlassen dürfen. In diesem Zwecke ist der Verkehr aller Personen und Fahrzeuge von heute ab untersagt. Das Befahren aller sogenannten öffentlichen Stellen wurde vom Rat der Volkskommissare der Sowjetregierung verboten. Es lautet von heute an der amtliche Name von Petersburg und Umgebung, wobei es heißt: Die P. Z. U. ist nach Moskau überführt und hat eine Filiale in Petersburg errichtet.

Ein neues Amt für Trozki

London, 15. März. Ein Telegramm aus Petersburg meldet folgende: Trozki ist zum stellvertretenden Leiter der militärischen Angelegenheiten anstelle von Babitski, der zurückgetreten ist, ernannt worden. Der Posten des stellvertretenden Leiters ist abgeschafft worden.

Wird Nowo verhaftet?

Petersburg, 15. März. Es wird gemeldet, daß Nowo von dem Reichshof der nördlichen Front verhaftet worden ist.

Die Schweden verlassen Island

Stockholm, 15. März. „Nya Dagbladet“ berichtet aus Reykjavik, daß die schwedischen Truppen auf Island in Anhalten treten. Die Insel wieder zu verlassen. Eine Rumänische Gendarmerie ist heute früh eingeschifft worden, um nach Stockholm zurückzuführen.

Furchtbare Explosionen bei Paris

Paris, 16. März. (Globe). Am 15. März sind in Paris vier furchtbare Explosionen erfolgt. Man zählt 16 Tote und 7 Verletzte.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 15. März, abends. (Amstich.)

Von den Kriegeschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 15. März. Amstich wird verlautbart: Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

Der neue Stellv. Kommand. General des 12. A.-K.

Dresden, 15. März. Für den verstorbenen General der Kavallerie von Proben ist der General der Infanterie Götz von Dönhoven, bisher Militärgouverneur der Provinz Pommern, mit der Stelle des Stellvertretenden kommandierenden Generals des 12. Armeekorps Allerhöchst befohlen worden.

Bayerische Auszeichnung für General v. Arnim

München, 14. März. Der König verlieh dem preussischen General der Infanterie Sirt von Arnim das Großkreuz des Militär-Max-Joseph-Ordens und dem Reichslandespräsidenten von Arnim den Militär-Verdienstorden 1. Klasse mit Schwertern.

Die Stchwah in Nieder-Varnin

Berlin, 16. März. Wie die Morgenblätter melden, findet die Stchwah in Nieder-Varnin am 26. März statt.

Eine Zentral-Prüfungsstelle der Kriegslieferungen

Berlin, 15. März. Der Hauptausbruch des Reichslandes beriet heute abends die Fragen der Kriegslieferungen. Dabei wurden wiederum die Fälle Deimler und von Behring erörtert. Schließlich wurden folgende Anträge einstimmig angenommen: In sämtlichen für den Kriegslieferungsbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Verrechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überzugeben zu lassen, alsbald bei sämtlichen Zentral-Prüfungsstellen für die Bedürfnisse des Krieges und der Marine Preisverrichtungsstellen einzurichten, eine Zentral-Prüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit einzelner Prüfungsstellen überdecken soll. Zurückgesprochen wurde der Antrag, die für den Kriegslieferungsbedarf arbeitenden Betriebsleitungen zu militarisieren und diesen Betrieben für die Zeit der Militarisierung nur solche Preise zu zahlen, welche die Veranlagung des unbesetzten Kapitals zu 5 Prozent gestotzt.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 14. März. Amtlicher Tagesbericht. Am der Palastfront außer schwachen Artilleriefeuer im allgemeinen Ruhe. Ein feindlicher Zug, der im Jordanal auf Wafka vorgehen wollte, wurde verlustreich abgewiesen.

In Mesopotamien Ortungsmarsch einer gemeinsamen türkisch-iranischen Armee, die nach Persien gehen wieder zurückging.

In Trapezunt fielen 22, in Erzerum bis jetzt 32 Geschütze, in Mamachatum 18 Minenwerfer in unsere Hand. Truppen in Stärke von 2600 Mann, sechs Maschinengewehre und 240 Reitern haben am 11. März unsere in Kofas und Barakische feindlichen Truppen angegriffen, sie wurden verlustreich abgewiesen.

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 14. März. Generalstabsbericht vom 13. März. Abgeschlossene Front: Südlich von Bitola besetzte der Feind unsere Stellungen mit 10 bis 12 Bataillonen und Minenwerfer, das von unserer Artillerie ziemlich energisch beantwortet wurde. Im Gebirgen besetzt unsere Artillerie erfolgreich die feindliche Stellung bei dem Dorfe Nisch. Westlich von Warber besetzten wir durch Feuer eine feindliche Patrouille. Südwestlich von Warber Feuerüberfälle auf feindliche Seite. In der Ebene und im Gebirge westlich von Seres gestritten unsere Artillerie mehrere englische Ortungsmarschtruppen. Im Warber-Tale lebhaft beiderseitige Artilleriekämpfe und zahlreiche Luftkämpfe.

Deutscher Front: Waffenstillstand.

Arbeiterfrieden

Von Friedrich Kiesel.

Ohne einen starken deutschen Frieden wird auch der deutsche Arbeiter nicht mehr die Zeiten sehen, die er vor dem Kriege und teilweise, soweit die Entlohnung in Frage kommt, während des Krieges erlebt hat. England hat im Laufe des Krieges den deutschen Handel im Ausland so gut wie vernichtet. Es hat die Nachrichtenvermittlung von Deutschland ins Ausland abgebrochen, den Fernverkehr unterbrochen, die Angehörigen feindlicher Staaten in dem kriegerischen Teil der Welt, der keinem Einfluss unterlag, gefangen gesetzt, die Bankguthaben von Deutschen im Ausland beschlagnahmt und durch eine bis ins einzelne gehende Kontrolle des Verkehrs der neutralen Mächte auch diesen Umweg des deutschen Handels verlegt. Es hat überall in der Welt die Niederhaltung deutschen Gewerbetreibenden verboten, durch Spionage sich in Kenntnis aller Geschäftsbeziehungen gesetzt und durch einen mit raffinierter Geschäftlichkeit geführten Verleumdungskrieg den Kredit Deutschlands in fremden Ländern auch das schwerste Geschäft und zwar nicht nur den wirtschaftlichen Kredit, sondern auch das moralische Ansehen. England hat also einen großen Teil seiner Kriegesziele bereits erreicht, und wenn ihm der Friedensschluss diese gewonnenen Vorteile nicht wieder entzieht und England nicht gestuzt wird, so wieder aus der Hand zu gehen, dann ist Deutschland hart getroffen. Es kann dem nicht auf dem Punkte mit seiner Arbeit wieder fortfahren, wo es vor dem Kriege aufgehört hat, sondern es wird anfangen müssen, alles wieder neu aufzubauen und im Ausland überall sich einem im Laufe des Krieges übermäßig gewordenen Konkurrenzern gegenüber zu zeigen.

Man hat angedeutet, daß der deutsche Arbeiter etwa den fünften Teil seines Einkommens aus dem Handel im Ausland empfangt. Ein Friede, der England nicht zwingt, auf seine Arbeiter zu verzichten, würde bedeuten, daß jeder deutsche Arbeiter jeden letzten Tag arbeitend und verdienend wäre, würde eine Schmälerung des deutschen Arbeitseinkommens um ein Fünftel bedeuten. Und dies, während dabei zugleich die Preise aller Lebensbedürfnisse wegen der Erhöhung der Rohstoffpreise in die Höhe gingen. Ein Fünftel des deutschen Arbeiterlohn würde stillgelegt werden, ein Fünftel des deutschen Arbeiterlohn würde in Beschäftigung finden, die Kraft der deutschen Wirtschaft um ein Fünftel zurückgehen. Dann würde die Arbeitslosigkeit eine dauernde Geißel unterer Volksschichten werden, vor der Fabriken würden sich alle Morgen vergeblich Massen von Arbeitsuchenden drängen; auch der Bauer würde sich vergeblich nach Märkten für seine Erzeugnisse umsehen und aus Mangel an Absatz auf Verbesserung seiner Wirtschaft verzichtend müssen. Weil er in der Heimat nicht genug lohnende Beschäftigung fände, müßte der deutsche Mann, wie heute der italienische oder russische Wanderarbeiter, Weib und Kind verlassen, und jenseits der Grenzen, reichlos und als nur Gehilfener, sein Brot suchen. Die Auswandererzahlen, die dank dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands bis auf eine Kleinigkeit ununterbrochen gestiegen waren, würden wieder anfallen und sich aufs neue eine Welle deutscher Einwanderung in kulturlose Länder erheben, um dort der Heimat verloren zu gehen und fremdes Volkstum zu bereichern. Dann würde jedes Kind, das von einer deutschen Mutter geboren würde, Not und Sorge mitbringen und die Augen der Kleinen würden aus kümmerlichen Bekleidern die Eltern vermissen. Warum die Mutter ins in ein Leben, das nicht als Frauer und Missetäter für uns ist?

Welcher Deutsche kann einen solchen Friedensschluß wünschen oder absehen? Darauf einzeln wollen, solange noch irgend eine Aussicht vorhanden ist, ihn zu vermeiden? Oder nicht es wirklich noch Leute in Deutschland, die meinen, ein für unsere Feinde so billiger und vorteilhafter Friede würde sie mithe stimmen und zum gutwilligen Verzicht auf die reichhaltige Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Vorteile bewegen? Wer so denkt, kennt den Satz nicht, den eine selbsterlebte Erfahrung darstellt und eine fruchtlose Welle der feindlichen Bevölkerung einestreibt haben. Es ist nicht wahr, daß der Vernichtungswille gegen Deutschland etwa nur in seinen Kreisen christlicher Regierender und Politiker lebendig wäre. Er fikt vielmehr in der Brust jedes englischen Krämers und jedes französischen Bauern; in jedes Schulfink ist ihm vom Befehl. Wer da auf internationale Verknüpfung hofft, wird sich ebenso verrechnen, wie der einem wildgewordenen Stiere mit gutwilligen Reden begegnen wollte. Gewiß, auch die feindlichen Völker sind Kriegsmüde und leiden unter dem Hindernissen und unter den Entbehrungen des Krieges, aber freudvolles freudvolles Gefühl, irgendeinerseits Verzicht zu leisten

brüderlichen Gedächtnisses des deutschen Volkes, zum Entgegenkommen gegen seine Lebensnotwendigkeiten, finden wir vergebens. Nein, wir haben keine Aussicht, zu einem Frieden zu kommen, der unser künftiges Recht vor Demütigung und Bereubung bewahrt, als die eines Siegers der deutschen Waffen. Und diese Aussicht haben wir dank der Tapferkeit und Treue unserer kämpfenden Heere und der Weisheit und Entschlossenheit ihrer Führer. Wir haben sie, wenn wir auch in der Heimat verbleiben, nicht eher noch geben wollen, als bis sichere Bürgschaften für die freie Entwicklung Deutschlands gegeben sind. Wir wollen keine ausschweifenden Gebietserweiterungen, wir erstreben keine Vernichtung anderer Völker, aber wir müssen eine Sicherung unserer Grenzen und eine Entschädigung für den Raub, der an unserm Gut und Eigentum begangen ist, und eine Wiederherstellung unseres wirtschaftlichen und moralischen Ansehens in der ganzen Welt fordern. Dies minderte, was wir haben müssen, können wir nur haben, wenn wir siegen und wenn wir schließlich, die Waffen nicht eher niedersulegen, als bis die Feinde vor der ganzen Welt bekennen müssen, sie seien geslagen, und keine Lösung imstande sein wird, diesen Erfolg in kein Gegeßel umgibt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. März 1918.

Am Bundesratsstische: v. Krause.
Vizepräsident Dr. Baasche eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten.

Einigenagen war der Notetat.
Auf der Tagesordnung standen zunächst Anfragen.
Hr. Dr. Cohn-Nordhausen (l. Soz.) befragte sich über einen Fall des Mißbrauchs des Stilldienstgesetzes zu politischer Wahrnehmung.

Hr. v. Bennigsen. In dem gegebenen Falle handelt es sich nicht um einen Stilldienstpflichtigen.
Hr. Stahl (Soz.) befragte sich darüber, daß in Spanien Schutzmaßnahmen zu Wohnzwecken für Munitionsbearbeitenden benutzt werden.

Generalsekretär v. Conquet: Es handelt sich um eine Wohnmaßnahme. Die Beschäftigten der Schutzmaßnahmen erhalte erst, als die Verhandlungen erfolglos verlaufen. Die Entschädigung von wöchentlich 4 Mark war lediglich eine Zwischenlösung der tatsächlichen Verhältnisse.

Hr. Müller-Berling (Soz.) forderte Maßnahmen am Saube der Berliner Bevölkerung gegen das Schicksal auf militärische Rückfälle in den Straßen.
General v. Weisberg: Das Kriegsministerium hat angeordnet, die betreffenden Bestimmungen nachzuprüfen und sie gegebenenfalls zu ändern.

Hr. Scheibemann (Soz.) forderte strenges Vorgehen gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Wiesbaden wegen Verstoßes gegen die Kriegsmusterordnung.
Ministerialdirektor See: Es wird auch in diesem Falle daran festgehalten, daß der Bedarf des übermäßigen Gewinnes besteht und daß dieser verlost wird.

Hr. Vogeler (l. Soz.) befragte sich über Genüßmaßnahmen gegen die Vergleiche Arbeiterkassen in Zollingen.
Hr. v. Berg: Die Militärzentur hat mit diesem Falle nichts zu tun.

Hr. Kunert (l. Soz.) forderte gleiche Behandlung aller Zeitungen hinsichtlich des Bezugs durch Selbstabonnenten.
General v. Weisberg: Das Postgesetz in Halle hat trotz aller Vorbringen wiederholt aufreißende Artikel gedruckt, daher das Verbot.

Hr. Kunert (l. Soz.) fragte nach einer Verfassung des Kommandierenden Generals in Magdeburg betreffend Viehweiere.
General v. Weisberg: Durch Selbsterhebung wird die öffentliche Sicherheit verbedrohlich gefährdet. Diese Anordnung besteht im Recht.

Hr. Müller-Meinungen (Fortf. v. l.) forderte Maßnahmen zur Sicherung der Heimfront von Kriegsangehörigen aus Sibirien.
Generalmajor Reichardt: Die Verheerungen sind unannehmlich. Der Volkserker ist durch die inneren Zustände der Rückland eingeschränkt. Eine Rentierwirtschaft in Verberbung soll eingerichtet werden. Die Missetaten der Kriegsangehörigen aus Sibirien sind ernst vorzubereiten. Ein Teil von ihnen ist schon auf eigene Faust beinahe.

Hr. Vaudert (Soz.) befragte sich über die Auslieferung der Gas- und Elektrifizierungsarbeiten, insbesondere über die Erhebung von Strafgeldern bei Mißverbrauchen.
Ministerialdirektor Müller: Hinsichtlich des verminderten Gehaltens des Gases soll eine erhebliche Anwendung der Bestimmungen vermieden werden.

Hr. Fier (Soz.) erbat die Erhöhung der Gefangenenernährung bzw. Auszahlung an die Angehörigen.
Generalmajor von Cern: Die Abhöhung ist für die Familienfallen, nicht für die Familienangehörigen bestimmt. Ansofaldellen finden die allen Fälle Anwendung, sie können aber erhöht werden.

Es folgte die zweite Lesung des Gesetzes über die Kriegsausgabe der Reichsbank.
Nach kurzen Ausführungen der Hrn. Zimmermann (Natl.) und Brendt (d. Nrtl.) wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgte die erste Lesung eines Nachtragsesatzes zum Amode der Bewilligung von 1/2 Millionen Mark zum Grunderwerb an einem Dienstaufbaue für die Amode der von der preussischen Hauptverwaltung der Staatskassen abgeführten Reichskassenverwaltung, sowie für Vorarbeiten zu diesem Bau.

Hr. Freyher v. Gump (d. Nrtl.) Angehöriger der Reichsbank befragte sich über die Bewilligung an hoch.
Unterstaatssekretär Dr. Jahn: Die gegenwärtigen Zustände sind unbillig. Ein Neubau ist notwendig.

Hr. Zimmermann (Natl.): Wir stimmen der Vorlage zu. Die Vorlage wurde an den Staatsrat verwiesen.
Der Gegenwurf über Kriegsausgaben zu den Gerichtsstellen und zu den Gerichten der Rechtsanwältinnen und Gerichtsbevollmächtigten ohne Ausdrucks an den Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Es folgte die erste Lesung eines Gegenwurfs über die Veranhaltung von Lichtspielen.
Hr. Rudolf (Str.): Ich beantrage Vorbereitung der Vorlage in einem Ausschuss von 21 Mitgliedern. Die Konfessionspflicht ist nötig. Die Vorlage richtet sich nicht gegen den Staatserwerb. Sie will es nur ändern lassen.

Hr. Ernst (Fortf. v. l.): Ein Reichsmonopol ist nur denkbar in Verbindung mit einem Reichsbesitzerrecht. Bei der Konzeptionierung sind die Interessen der kleinen Industriefabrikanter und Arbeiterpächter zu schützen.

Hr. Dr. Schneider (Fortf. v. l.): Das Kinoverbot ist so wie es ist einseitig, hat wohl nach allgemeiner Ansicht eine Gefahr für die Volkserwerbe. Wir wollen das Kino zu einem guten Unterrichtsmitel entwickeln. In dem Gesetz ist die Konzeptionspflicht der begrüßenswerten Punkt.

Hr. Crimmann (Natl.): Der Wert des Kinos läßt sich nicht bestreiten, das beweisen die Kinoanführungen an der Front. Bei der Konzeptionierung dürfen die Gewerbetreibenden der Allmacht der untergeordneten Polizeibehörden angelehrt werden. In den Grundgründen sind wir mit dem Entwurf einverstanden.

Hr. Graf Carmer (Natl.): Ingegensatz des gemäßigten Aufschwungs der Kinoindustrie muß der Staat sich unbedingt der Sache annehmen.
Hr. v. Wunm (Natl.): Die Kaffeeer unterliegt gebührende Kinoverlage von 1914 war besser als diese. Freiheit darf nicht zur Mißbilligung werden.

Hr. Cohn-Nordhausen (Natl. Soz.): Von Verordnungen im Ausmaß machen wir unsere Zustimmung zu der Vorlage abhänge.
Die Vorlage wurde an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.
Anträge betreffend Geerlieferung, deutsch-russischer Friedensvertrag.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 15. März 1918.

Am Ministerstische: Sergt.
Präsident Graf Schwerin-Pöslitz eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Beratung des Antrages der Abgeordneten Winkler und Genossen (Sozial.) auf Einführung eines Notparagrafen in den Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1918.

Finanzminister Sergt: Die Regierung wird vor der Festlegung des Etats noch dem 1. April nur dringende und notwendige Ausgaben machen.
Der Antrag wurde der Staatshaushaltskommission überwiesen.

Es folgte die Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums. Zunächst fand Behandlung der Teuerungszulagen statt.
Hr. Dr. Göttschall-Bohnen (Natl.) berichtete über die Verhandlungen der Kommission.

Die Kommission beantragte eine Erhöhung der Zuschläge, aus denen angelegte beibehalten, löbliche Geschäftsbetriebe befreit und Werke gehalten werden. Nach einer Entschließung der Kommission soll das Haus sich mit der von der Regierung in Aussicht gestellten Regelung einverstanden erklären und entsprechend einem Antrage Braun (Soz.) die Regierung um angemessene Erhöhung der Lohnzuschläge der nicht im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten der Eisenbahnverwaltung ersuchen.

Finanzminister Sergt: Die Regierung begrüßt es, daß Angestellte der Regierung und dem Haupte ein Kompromiß über die Gewährung der Teuerungszulagen zustande gekommen ist. Mit Rücksicht auf die jetzigen Teuerungsverhältnisse in den großen Städten und Industriebezirken und in den übrigen Landesteilen glaubt die Regierung an der Einführung der Teuerungszulagen festhalten zu müssen. Man gehen wird die Regelung auch von den Beamtenverbänden genehmigt. Wir hoffen, daß auch die Kommunen sich möglichst dem Vorgehen des Staates anschließen werden. An Verbesserungen werden sich etwa 120 Millionen Mark ergeben.

Erhöhten Zulagen für Verheiratete sollen den Zuzugewinn einbringen sein zu beiraten. Man sagt, es Frau ist Gold wert (Weisheit). Ebenfalls werden aber die Kosten des Haushalts durch die Senkung erheblich vergrößert, und deshalb sind die höheren Zulagen an die Verheirateten durchaus gerechtfertigt. Die Regierung hat gegen den Zusammenschluß der Beamten nichts einzuwenden und befragt die Beamtenvereine als verhandlungsfähig, womit freilich nicht gesagt ist, daß sie den Anträgen und Wünschen der Beamten von vornherein zustimmt.

Ministerialdirektor Hoff: Wir als Arbeiter der Eisenbahnverwaltung ist vom 1. April ab eine Vollerhöhung von zwölf Mark pro Monat vorzulegen. (Wrao.)
Hr. Dr. Loh (Sozial.): Die Regierung der Beamten die Angelegenheit geregelt hat. Die Regierung hat es verstanden, die Differenz zwischen den unteren, mittleren und höheren Beamten zu verringern. Wir bedauern, daß von dem Grundlag der Gleichheit durch Einführung der Teuerungszulagen abgegangen worden ist. Unter den Pensionären sollten die Altersrenten besonders berücksichtigt werden. Die kommandierten Beamten sollten einen Teil der Teuerungszulagen erhalten. Lohnerhöhungen für die Arbeiter müssen für alle staatlichen Betriebe gemäß werden. Wir hoffen, daß bei der vom Finanzminister gebotenen Entschädigungswirtschaft etwas Gutes herauskommt.

Hr. Dr. Göttschall (Natl.): Gegen die Teuerungszulagen haben wir Bedenken, was es immer ist, einen unverhältnißmäßigen Nachschub zu finden. Die Entschädigungswirtschaft ist umso wichtiger, da ein großer Teil der Beamten während des Krieges in Schuldun geraten ist.
Hr. Dr. Bagner (Freisinnl.): Die Regelung bedeutet einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen.

Die Anträge der Kommission wurden angenommen. Die Weiterleitung des Etats des Finanzministeriums wurde auf Montag 12 Uhr vertagt. Außerdem: Etat der Straßen und indirekten Steuern.

Der deutsche Handel vor dem Kriege (1888-1913)

Von Geh. Hofrat Professor Dr. Wier, M. d. R., Berlin.
Das zunächst in Frage fallende Kennzeichen der in der Ueberdritt bezeichneten Wirtschaftskrise war eine Steigerung Ende der letzten Jahre begonnen hatte, die bereits wohl die größte wirtschaftliche Revolution darstellte, welche Deutschland durchgemacht hat. Eine vollständige Revolution des Aufbaus unterer Gesamtwirtschaft war eingetreten. Die früher an der Spitze der Produktion stehende Handwerkswirtschaft hatte die erste Stufe an Industrie und Handel abgeben müssen, und Deutschland war, wenn auch glücklicherweise kein einseitiger Industriestaat, doch ein Industrie- und Agrarstaat mit starkem Vorkommen der Industrie und des Handels geworden. Die Dinge standen so, daß fast zwei Drittel unserer Bevölkerung nicht mehr landwirtschaftlich tätig waren, da Gewerbe, Handel und Industrie etwa 56 v. H. der Gesamtbevölkerung und etwa 49 v. H. der erwerbstätigen Bevölkerung darstellten, die Landwirtschaft 28 v. H., der Ackerbau 22 v. H. und die Gärten; der Rest fiel auf die freien Berufe und die letzteren; der Rest fiel auf die freien Berufe und die letzteren.

Diese Zusammenlegung unterer Gesamtwirtschaft konnte nur dann als eine für die Nation vorteilhafte angesehen werden, wenn dies tatsächlich der Fall war, unter der Herrschaft der viel angefeindeten „Industrialisierung“ auch die Landwirtschaft nicht zurückgegangen, sondern sehr erheblich vortorgetommen war. Auch der Wohlstand Deutschlands hatte sich in einer in den nächsten Jahren der früheren Generationen nicht kennen würde, ein Vermehrung, der auch den Staat und die Gemeinden zur Verfügung immer höherer Ziele, insbesondere zur Verwirklichung des Sozialen, befähigt hat. Unter Volkserwerb wurde auf etwa 300 bis 375 Milliarden Mark, unter volles Volkserwerb auf etwa 30-40 Milliarden Mark und der jährliche Betrag unserer Exporte, also derjenigen Summen, um die das Nationalvermögen durch Erwerbungen aus dem Volkserwerb jährlich vermehrt wird, auf etwa 7-10 Milliarden Mark geschätzt. Das in den unmittelbaren Bedürfnissen anerkannt, daß an der starken Vervollständigung der Einkommen nicht nur die reichen Klassen, sondern auch die geringeren Einkommen teilgenommen haben, und daß „die Aufnahme des Volkserwerbs... bei weitem das Anzeichen der Bevölkerung“ überlegen hat. Der in solcher Weise gesteigerte Volkserwerb hatte in erster Linie die Produktionskraft der produzierenden, wie die Kaufkraft der gesamten Bevölkerung vermehrt und in Verbindung mit anderen Faktoren, in weitem Maße und Sandelbeziehungen auch die Höhe und die Behaltung der Arbeiter erheblich gesteigert. Im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Klagen über die „Industrialisierung“ angeblich ins Ungemessene beherrschenden Kapitalerwerbungen, was deshalb gesagt werden, daß etwa seit Beginn oder Mitte der achtziger Jahre sich die Unzulänglichkeit der deutschen Bevölkerung, also der innere Markt, rascher und stärker entwickelt hatte, als bei uns zu erwarten war.

Damit scheint mir anzudeuten, daß in dieser Epoche die berechtigte Forderung völlig oder doch in weitem Umfang erfüllt worden war, daß die verfügbaren Kapitalien der Nation in erster Linie zur Kräftigung des inneren Marktes, also zur Steigerung der heimischen Produktions- und Kaufkraft, zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion in Lebens- und Nahrungsmitteln sowie unterer kolonialen Erzeugung industrieller Rohstoffe, und nur in zweiter Linie an den Export von Kapitalerwerbungen verwendet worden sind. Es ist also in dieser Epoche von keiner Seite der Gesichtspunkt außer acht gelassen worden, daß auch die Stärkung der Landwirtschaft und ihre Aufnahmefähigkeit ein unerlässliches Mittel zur Kräftigung des gesamten inneren Marktes bilden. Andererseits gehörte aber auch die Pflege der Exportindustrie und des Exporthandels, als Einhaltung der nach oben gezogenen Grenzen, zu den großen nationalen Aufgaben, die im Interesse der Weltwirtschaft zu erfüllen waren. Solange wir ein landwirtschaftliches Produktionsdefizit von etwa 1 1/2 Milliarden Mark hatten und solange auch die Industrie einen großen Teil ihres Bedarfs an Rohstoffen durch ausländische Einfuhr decken mußte, so daß auch ein industrielles Produktionsdefizit, und zwar in Höhe von mehreren Milliarden Mark vorhanden war, solange waren Exportindustrie und Exporthandel ein Bedürfnis nicht der Industrie und des Handels, sondern der Nation. Wir konnten aber, unteren Auslandserwerbungen, Exportindustrien naturgemäß nicht aus unseren verfügbaren Mitteln bedenken, die dazu bei weitem nicht ausreichten hätten, sondern nur dadurch, daß wir dem aus dem Ausland (industrialisierte) Rohstoffe liefernden Ausland (Fabrikate), also Ergebnisse unserer Arbeit, im Wege des Exports liefern.

Nach Lage der Verhältnisse lieferten also der Exporthandel, die Exportindustrie und das Bienen beiden zur Seite stehenden Banken durch internationale Beziehungen im eminenten Sinne nationale Arbeit; auch sie hatten somit in dieser Epoche in hohem Maße mit glänzendem Erfolg Heimatspolitik im besten Sinne des Wortes getrieben.

Die Schwierigkeit der Aufgabe, welche hier zu lösen war, geht aus daraus hervor, daß wir, ungeachtet der größten Anstrengungen, die aus äußerliche Einfluß, die im Jahre 1913 etwa 9 1/2 Milliarden betrug, und unter dem Einfluß von Rohstoffen, welche in diesem Jahre nur etwa 8 Milliarden erreichte, nicht befähigt waren, das somit ein ungeachtet Ueberdritt der ausländischen Einfuhr über unsere Einfuhr von 1 1/2 Milliarden Mark übrig blieben. Diese „Passiv-Saldo unterer Sandelbilanz“ von etwa 1 1/2 Milliarden Mark (im Jahre 1911) galt es gleichfalls noch zu decken. Hierfür als es kein besseres Mittel, als das in dieser Epoche von Industrie, Handel und Banken verfolgte, die ausländischen Einfuhrleistungen mindestens in gleichem Maße an unsere Exporterwerbungen zu machen, also zunächst den Passiv-Saldo unterer Sandelbilanz durch Verbeßerung unserer Außenhandelsbilanz zu beseitigen. Dies konnte nicht anders geschehen, als durch die Befähigung der Nation, unterer Exporterwerbungen, die wir im Laufe der Jahre begründeten aber an demselben und befestigten, und

Die...
1889 6083
1890 6083
1891 6083
1892 6083
1893 6083
1894 6083
1895 6083
1896 6083
1897 6083
1898 6083
1899 6083
1900 6083
1901 6083
1902 6083
1903 6083
1904 6083
1905 6083
1906 6083
1907 6083
1908 6083
1909 6083
1910 6083
1911 6083
1912 6083
1913 6083

Provinz Sachsen und Umgebung

Bericht mit landwirtschaftlichen Grundstücken

Der Bundesrat hat eine Verordnung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken erlassen...

Die verschiedenen Ausnahmestimmungen sind im Reichs- und Staatsgesetz abgeändert...

K. Mittelteil, 15. März. (Zum Gauschloßpavillon)

Der Kaiserhofpavillon für 1918 ist kein reiner Kriegshilfsbau...

x. Erfurt, 15. März. (Der neue Regierungspräsident)

Die bisherige Oberpräsidenten Dr. v. Gumboldt von Halle, dem am 15. März 1918...

x. Eisenach, 15. März. (Leichenfunkt)

Am Dienstag nachmittag wurde in der Gedächtniskirche in Eisenach...

Aus Halle und Umgebung

Annahme von Kriegsanleihe an Zahlungskassat

Es ist bekannt, daß die Kriegsanleihe durch Kriegsanleihebestände...

andere Mittel; Holz und sonstiges Baumaterial; Bekleidung und Rohstoffe aller Art...

Die Sparkasse der Stadt Halle

vollends am 31. Dezember der 60. Gedenktag. Dem letzten erzielenden Verwaltungsjahre für 1916...

Die Sparkassenglieder erließen im Berichtsjahre wieder eine beträchtliche Zunahme...

Der hiesige Sparkassenverein

Der hiesige Sparkassenverein hat am 12. März 1918...

Die Konferenz deutscher Universitätsrektoren

Die Konferenz deutscher Universitätsrektoren. Die hier am 13. und 14. März...

Der hiesige Sparkassenverein

Der hiesige Sparkassenverein für 1918 wurde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses...

Der neue Reichstag

Der neue Reichstag. Der Reichstag hat am 13. März...

Bezirksamtsrat

Bezirksamtsrat. Der Bezirksamtsrat hat am 13. März...

bringen geben. Anmeldebüro für den Nachtrag um 10 Uhr...

Wahlloste

Wahlloste. In der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März...

Städtische Tageskränze

Städtische Tageskränze. Am Mittwochabend wurde der Dreierverein...

Aus den Vereinen

Aus den Vereinen. Der 3. Kommunale Jugend-Rat...

Städtische Sparkasse

Städtische Sparkasse. Die Sparkasse hat am 13. März...

Städtische Sparkasse

Städtische Sparkasse. Die Sparkasse hat am 13. März...

Börsen- und Handelsteil

Städtische Sparkasse

Städtische Sparkasse. Die Sparkasse hat am 13. März...

Städtische Sparkasse

Städtische Sparkasse. Die Sparkasse hat am 13. März...

Städtische Sparkasse

Städtische Sparkasse. Die Sparkasse hat am 13. März...

